

## Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Claudia Stamm**

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

vom 17.04.2013

### Umgang mit Homo- und Transphobie an bayerischen Schulen

In Neutraubling wurde am 7. Februar ein 16-jähriger Schüler vom Rektor der Mittelschule aus dem Unterricht ausgeschlossen, weil er anlässlich des „Unsinnigen Donnerstags“ in Frauenkleidern zur Schule kam. Dies wirft die Frage auf, wie es an bayerischen Schulen mit Jugendlichen bestellt ist, deren geschlechtliche oder sexuelle Identität nicht mit der der Mehrheit übereinstimmt. Die Schule ist für transidente sowie homo-, bisexuelle Jugendliche ein Ort, an dem sie m. E. jederzeit mit Ausgrenzungen und Herabwürdigungen von Mitschülerinnen und Mitschülern wie auch von Lehrkräften rechnen müssen. Dies zwingt sie dazu, ihre sexuelle und/oder geschlechtliche Identität zu verstecken, was mit großen psychischen Belastungen verbunden ist. Studien belegen u. a. ein signifikant erhöhtes Suizidrisiko im Vergleich zu heterosexuellen Gleichaltrigen.

Daher frage ich die Staatsregierung:

1. Wie oft wurden in den Jahren 2008 bis 2013 (bitte aufgeschlüsselt nach Jahren angeben) an bayerischen Schulen schulische Sanktionen aufgrund einer Abweichung von Schülerinnen oder Schülern von der ihnen gesellschaftlich zugewiesenen Geschlechterrolle ausgesprochen?
2. Gibt es Erhebungen zu den besonderen Belastungen, denen lesbische, schwule, bisexuelle und transidente Schülerinnen und Schüler an Schulen ausgesetzt sind, und falls nein, warum nicht?
3. Sieht die Staatsregierung einen Handlungsbedarf, um bayerische Schulen für lesbische, schwule, bisexuelle und transidente Jugendliche zu sicheren und diskriminierungsfreien Orten zu machen?
4. Was unternimmt die Staatsregierung, um homo- und transfeindlichen Haltungen und Handlungen von Schulpersonal gegenüber der Schülerschaft vorzubeugen und entgegenzuwirken?
  - a) Gibt es sensibilisierende Fortbildungen zu den Themen sexuelle und geschlechtliche Vielfalt, insbesondere für Schulleiterinnen und Schulleiter, und wenn nein, warum nicht?

- b) Gibt es eine verpflichtende, wertschätzende Thematisierung des Bereichs sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in den Rahmenrichtlinien zur bayerischen Lehrerbildung, und wenn nein, warum nicht?
- c) Wird in den kultusministeriellen Schreiben darauf hingewirkt, die Schulen zu Schulleitbildern anzuhalten, die auf eine Ächtung von ausgrenzendem und herabsetzendem Verhalten gegenüber sexuellen Minderheiten zielen, und wenn nein, warum nicht?

5. Wie beurteilt die Staatsregierung den rechtlichen Schutz von homo-, bisexuellen- und transidenten Jugendlichen vor Diskriminierung (und Beleidigung) im Lebensraum Schule?
6. Welche Beratungs- und Hilfsangebote stehen an bayerischen Schulen für von Homo- und Transphobie betroffene Schüler und Schülerinnen zur Verfügung?
7. Unterstützt die Staatsregierung zivilgesellschaftliche Aufklärungsprojekte zum Abbau von Homo- und Transphobie an Schulen, wie sie z. B. das Jugendnetzwerk Lambda Bayern e. V. anbietet, ideell und finanziell in ihrer Arbeit?

## Antwort

**des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus**

vom 10.06.2013

Vorbemerkung:

Am 07.02.2013, dem „Unsinnigen Donnerstag“, hatte sich ein Schüler der Jahrgangsstufe 9 der o. g. Schule in Frauenkleidern maskiert, um eine Facebookwette durch möglichst große Aufmerksamkeit mit entsprechend zahlreichen Zustimmungen zu gewinnen. Etwa 50 bis 60 Schülerinnen und Schüler bildeten in der Pause einen engen Kreis um den Schüler. Den Aufsicht führenden Lehrkräften stellte sich die Inszenierung als nicht ungefährlich dar, da mehrere Schülerinnen und Schüler auf das Gestänge des Vorbaus am Eingang hochgeklettert waren, um bessere Sicht zu haben. Obwohl der Schüler durch die Lehrkräfte aufgefordert wurde, die Aktion sofort abbrechen, wiederholte er seinen „Auftritt“ zwei weitere Male. Der Schulleiter bewertete die Situation als erhebliche Störung des Schulfriedens. Da für die Klassenlehrkraft die Aufrechterhaltung eines geordneten Unterrichtsbetriebs nicht möglich war, entschied der Schulleiter, den Schüler für diesen Tag in einer Parallelklasse unterzubringen.

Am 13.02.2013 erschien im Regensburger Wochenblatt zu dem Vorfall ein Artikel, der ohne Recherche bei der Schulleitung erstellt wurde, und dessen Inhalt die Sachlage vollkommen falsch und tendenziös darstellte.

Dem Schüler wurde seitens der Schulleitung zu keiner Zeit vorgeworfen, wegen von der Mehrheit abweichender geschlechtlicher oder sexueller Identität in Frauenkleidern zum Unterricht erschienen zu sein.

Die von der Antragstellerin in dem Vorfall interpretierten „Ausgrenzungen und Herabwürdigungen“ transidenter, homo- oder bisexueller Jugendlicher gehen also von falschen Annahmen aus.

Zu den Fragen im Einzelnen:

Zu 1.:

Der Schutz aller Menschen vor Diskriminierungen jeglicher Art ist gesetzlich verankert und damit selbstverständlich auch Grundlage allen schulischen Handelns (vgl. die Antwort zu Frage 5). Für „schulische Sanktionen aufgrund einer Abweichung ... von der ... Geschlechterrolle“ besteht daher kein Raum.

Das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus führt generell keine Erhebungen über schulische Sanktionen durch. Auf eine zur Beantwortung der Frage erforderliche gesonderte Erhebung wurde verzichtet, um die Schulen nicht mit zusätzlichen Verwaltungstätigkeiten zu belasten.

Zu 2.:

Dem Staatsministerium ist nicht bekannt, ob es wissenschaftliche Erhebungen zu den genannten Belastungen gibt. Für das Staatsministerium selbst gibt es keinen konkreten Anlass für derartige Erhebungen (vgl. auch die Antwort zu Frage 1).

Zu 3.:

Das Konzept des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus zur Reduzierung von Mobbing und Diskriminierung jeglicher Art basiert auf einer ausgewogenen Mischung aus Intervention und Prävention. Schulpsychologen, Beratungslehrer, Verbindungslehrer sowie Fachkräfte für Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS) dienen in einem flächendeckend angelegten Netz allen Schülerinnen und Schülern bei Vorfällen in Verbindung mit Diskriminierung und Mobbing als erste Ansprechpartner ihres Vertrauens. Darüber hinaus verfügt jeder Regierungsbezirk über eine Staatliche Schulberatungsstelle, in der erfahrene Schulpsychologen Eltern und Schülern bei Fragen und Problemen zur Seite stehen.

Der Bereich der Prävention gegen Diskriminierung setzt in erster Linie auf eine Stärkung der Selbstwahrnehmung und Selbstbehauptung der Kinder und schlägt sich nicht nur in der Lehrerbildung, Lehrerfortbildung und Kooperation mit externen Partnern und Verbänden, Sport und Jugendarbeit nieder, sondern auch in sogenannten Lebenskompetenzprogrammen: In Ergänzung zum Unterricht stehen den bayerischen Schulen landesweit über 20 Präventionspro-

gramme zur Verfügung, die vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus ideell, personell und konzeptionell unterstützt werden. Ziel dieser Programme ist die Förderung der Selbst- und Sozialkompetenzen der Schülerinnen und Schüler. Schulische Präventionsprogramme werden besonders wirksam im Rahmen eines schulischen Gesamtkonzepts zur Werteerziehung. Gemäß dem Prinzip der eigenverantwortlichen Schule entscheiden die Schulen vor Ort selbst, welches der vielfältigen Präventionsprogramme sie umsetzen möchten und für welche Form der Präventionsstrategie sie sich entscheiden.

Als herausragende Programme zur Stärkung der Persönlichkeit können allgemein genannt werden: PIT – Prävention im Team, Lions-Quest „Erwachsen werden“, Mit mir nicht, ALF – Allgemeine Lebenskompetenzen und Fertigkeiten, Achtsamkeit und Anerkennung, LIZA – Liebe in Zeiten von Aids.

Im Oktober 2011 startete das bayerische Mobbing-Präventionsprojekt „Mobbingfreie Schule – gemeinsam Klasse sein!“, für das an den 9 bayerischen Staatlichen Schulberatungsstellen insgesamt 1.200 Anti-Mobbing-Koffer bereit gestellt wurden, die von den einzelnen Schulen abgerufen werden können.

Neben dieser unspezifischen Prävention wird auch in themenspezifischer Weise gemäß den „Richtlinien für die Familien- und Sexualerziehung an bayerischen Schulen“ ([www.km.bayern.de/download/493\\_16.pdf](http://www.km.bayern.de/download/493_16.pdf)), der Bereich Homosexualität in den Jahrgangsstufen 9 und 10 der weiterführenden Schulen besprochen („Persönliche und soziale Aspekte der Homosexualität“). Den Richtlinien entsprechend geht es bei diesem Thema – wie in der gesamten Familien- und Sexualerziehung – in den verschiedenen Jahrgangsstufen und Fächern darum, „dass die Schüler ihre eigene körperliche und seelische Entwicklung nicht unvorbereitet erleben und ihre Geschlechtlichkeit annehmen und bejahen“. Oberstes Gebot ist immer die „Wahrung der Toleranz für unterschiedliche Wertvorstellungen“ sowie „die Achtung der persönlichen Würde des Menschen und der freien Entfaltung seiner Persönlichkeit“.

Die Richtlinien werden derzeit mithilfe eines eigens dafür eingerichteten Arbeitskreises am Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung überarbeitet. Ein wesentliches Ziel der Neufassung ist die stärkere Gewichtung des Themas „queere Lebensformen“ bzw. unterschiedliche sexuelle Orientierungen.

Vor dem Hintergrund der hier beschriebenen Strukturen, Angebote und Maßnahmen sieht das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus keinen zusätzlichen Handlungsbedarf.

Zu 4. und 4. a):

Es gibt ein vielfältiges Fortbildungsangebot zu Themen wie Schulentwicklung, Schulklima, Werteerziehung, Prävention von Mobbing und Diskriminierung oder Lebenskompetenzerwerb, das sowohl von Lehrkräften als auch von Schulleitern wahrgenommen wird. Derartige Angebote können den

Themenbereich „Geschlechtliche Vielfalt, sexuelle Orientierung“ durchaus umfassen, Fortbildungsveranstaltungen, die sich ausschließlich diesem Thema widmen, sind hier hingegen nicht bekannt.

Als Beispiel für den o. g. Fortbildungsbereich sei das groß angelegte, landesweite Fortbildungsprojekt „Schule als Lebensraum – ohne Mobbing!“ erwähnt, das von der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung in Dillingen entwickelt wurde und seit dem Schuljahr 2010/11 durch dafür geschulte Multiplikatorinnen und Multiplikatoren umgesetzt wird. In diesem über mehrere Jahre angelegten Projekt geht es auch allgemein um eine erhöhte Achtsamkeit gegenüber Mitschülerinnen und Mitschülern. Die Initiative verfolgt folgende Zielsetzungen:

- Schulung der Diagnosefähigkeit der Lehrkräfte (Wahrnehmung von Auffälligkeiten im Verhalten der Schüler, Stärkung der Sozialkompetenz bei Schülern, Verbesserung des Sozialklimas in den Klassen),
- Verbesserung der Handlungskompetenz der Lehrkräfte,
- Stärkung der Eltern in ihrer Erziehungstätigkeit und in ihrer Bereitschaft zur Kooperation mit der Schule.

Zu 4. b):

Im Rahmen des erziehungswissenschaftlichen Studiums werden entsprechende Themen behandelt. So sind in den inhaltlichen Prüfungsanforderungen für die Erste Staatsprüfung nach § 36 Abs. 3 LPO I (i. d. F.v. 07.11.2002) in der Allgemeinen Pädagogik sowie der Psychologie folgende Inhalte benannt:

Werteerziehung, Sexualerziehung; Sozial- und Sexualverhalten, Identität und Selbstkonzept.

Mit der Reform der Lehrerbildung in Bayern wurden die Lehramtsprüfungsordnung I neu gefasst und die inhaltlichen Prüfungsanforderungen überarbeitet. Sie sind als sog. „Kerncurricula“ in einer der LPO I vom 13.03.2008 ergänzenden kultusministeriellen Bekanntmachung vom 02.01.2009 veröffentlicht. Dort heißt es in den Abschnitten zur Allgemeinen Pädagogik, zur Schulpädagogik und zur Psychologie:

„Werte- und Normenproblematik; Sexualerziehung; Werte und Normen und Reflexion selbstbestimmten Urteilens und Handelns; Sozial- und Sexualverhalten; Identität und Selbstkonzept.“

Die Zulassungs- und Ausbildungsordnungen für die Lehrämter geben als Inhalte der allgemeinen Ausbildung im Vorbereitungsdienst u. a. Fragen der Familien- und Sexualerziehung sowie Werteerziehung vor.

Zu 4. c):

Es dürfte kaum ein schulisches Leitbild geben, das nicht explizit auf ein Schulklima ohne Ausgrenzung und Diskriminierung zielt. Ob und in welchem Umfang dabei einzelne Gruppen benannt sind, liegt wie die gesamte Leitbilderstellung ausschließlich in der Hand der einzelnen Schule. Wesentlich für die Wirksamkeit eines Leitbilds ist der vorausgehende eigenständige und unabhängige Meinungsbildungs- und Entwicklungsprozess an der Schule.

Zu 5.:

Im schulischen Bereich – ebenso wie im privaten Bereich – gelten die Vorschriften des Strafgesetzbuches (StGB), ins-

besondere die §§ 185 ff. StGB (Beleidigung, Üble Nachrede und Verleumdung). Hinsichtlich des Verhaltens der Schule bei eventuell strafrechtlichem Verhalten von Schülerinnen und Schülern darf insbesondere auf die Punkte 4 und 5 der Bekanntmachung des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 19.05.1982 (Nr. A/1-8/185772) – Hinweise an die öffentlichen Schulen zum Verhalten bei strafrechtlich relevanten Vorkommnissen und zur Beteiligung des Jugendamtes (abrufbar unter <http://www.km.bayern.de/download/48511.pdf>) hingewiesen werden:

„4. Verhalten der Schule bei Verdacht strafbarer Handlungen von Schülern

a) Erfährt das Personal der Schule von dem Vorhaben oder der Ausführung eines der in § 138 Strafgesetzbuch (StGB) genannten Verbrechen (z. B. Mord, Totschlag, Geiselnahme, Raub, räuberische Erpressung, Brandstiftung), so ist es wie jedermann zur strafrechtlichen Anzeige verpflichtet.

b) Bei anderen strafbaren Handlungen ist eine Anzeige bei der Polizei regelmäßig nur dort geboten, wo es sich um Fälle erheblicher Kriminalität handelt (aktive Maßnahmen der Schule zur Verhinderung der Bestrafung des Schülers sind jedoch nicht zulässig, da sonst Strafvereitelung oder Begünstigung [§§ 258, 257 StGB] vorliegt).

Etwaige schulordnungsrechtliche Maßnahmen bleiben hiervon unberührt.

5. Bei Verdacht strafbarer Handlungen an Schülern hat die Schule unverzüglich die Polizei und – soweit die strafbaren Handlungen nicht von den Erziehungsberechtigten ausgehen – die Erziehungsberechtigten zu verständigen.“

Überdies haben nach Art. 2 Abs. 1 Spiegelpunkt 3 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) die Schulen u. a. insbesondere die Aufgabe, zu Toleranz, friedlicher Gesinnung und Achtung vor anderen Menschen zu erziehen. Nach Art. 56 Abs. 4 Satz 1 BayEUG haben weiter alle Schülerinnen und Schüler sich so zu verhalten, dass die eben beschriebene Aufgabe der Schule erfüllt und das Bildungsziel erreicht werden kann. Sollten die Schülerinnen und Schüler gegen diese Pflichten verstoßen, so können Ordnungsmaßnahmen oder sonstige Erziehungsmaßnahmen nach Art. 86 BayEUG verhängt werden. Dabei kann auch außerschulisches Verhalten die Verletzung dieser schulischen Pflichten darstellen, soweit die betreffenden Handlungen bzw. Meinungsäußerungen sich unmittelbar auf die Schule beziehen und deren Bildungsauftrag ernstlich gefährden.

Der Schutz aller Menschen vor Diskriminierungen jeglicher Art ist daher gesetzlich verankert und steht in einer Linie mit dem Diskriminierungsverbot des Art. 3 GG und des Art. 118 BV.

Bzgl. des Schutzes von transidenten Jugendlichen wird noch darauf hingewiesen, dass – auch nach Verlassen der Schule – auf Antrag Zweitausfertigungen von Zeugnissen, etc. ausgestellt werden, um dafür Sorge zu tragen, dass ehemalige Schülerinnen und Schüler bei Bewerbungen aufgrund ihrer Transsexualität keine Nachteile erleiden und insbesondere nicht gezwungen werden, durch Vorlage „alter“ Zeugnisse ihren ursprünglichen Namen zu offenbaren (vgl. § 5 TSG, Transsexuellengesetz).

Zu 6.:

Siehe Antwort zu Frage 3.

Zu 7.:

Das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus hat in den vergangenen Jahren das Jugendnetzwerk Lambda

Bayern e. V. in der Weise regelmäßig unterstützt, dass es das Projekt „Sch(w)ule und Le(s)ben – Das Schulprojekt für Akzeptanz und Toleranz“ sowie den jährlich ausgeschriebenen „Michael-Schmidpeter-Preis“ an die Schulen kommuniziert hat. Zusätzlicher Handlungsbedarf wird auf diesem Feld derzeit nicht gesehen.